



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21834 - 33
Fernschreiber 0886690

P/XIV/145 - 3. Juli 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

| | | |
|-------|--|-----|
| 1 - 3 | Genfer Außenministerkonferenz muss "entberlinisiert" werden! Original-Interview mit Willy Brandt, Regierender Bürgermeister von Berlin | 118 |
| 4 | Die Folge einer halsstarrigen Politik Adenauers Einfluss schwindet in der westlichen Welt | 29 |
| 5 | Hamburg fördert Schule und Bildung Der dritte Schulbauplan | 49 |
| 6 - 7 | Ein nationaler Verlust für Belgien Der Tod Max Busetts | 64 |

* * *
* *

Genfer Aussenministerkonferenz muss "entberlinisiert" werden!

Original-Interview mit Willy Brandt,
Regierender Bürgermeister von Berlin

SPD-Pressedienst: Herr Regierender Bürgermeister, Sie hatten während Ihres Aufenthaltes in Genf Gelegenheit, mit den Aussenministern der drei Westmächte zu sprechen und auch längere Unterhaltungen mit Herrn von Brentano, dem Aussenminister der Bundesrepublik, zu führen. War es bei diesen Gesprächen möglich, Überlegungen darüber anzustellen, ob man in einer weiteren Phase der Genfer Aussenministerkonferenz von einer isolierten Erörterung des Berlin-Problems herunterkommen kann?

Willy Brandt: In der "Ersten Runde" der Genfer Konferenz hat es sich erwiesen, wie recht wir hatten, als wir bereits am 27. November 1958, also am Tage der Übergabe der Moskauer Berlin-Noten an die drei Westmächte, nachdrücklich erklärten, dass es eine isolierte Lösung des Problems Berlin nicht geben könne. Das Berlin-Problem ist und bleibt eingebettet in die deutsche Frage; die deutsche Frage wiederum ist ein Teil des Problems der europäischen Sicherheit, das wiederum vom ost-westlichen Weltkonflikt überlagert ist.

Der Versuch, das Problem Berlin losgelöst von der europäischen Frage, von der europäischen Sicherheit und von den ost-westlichen Weltspannungen anzupacken, muss deshalb beinahe zwangsläufig zu dem sinnlosen Versuch einer Scheinlösung führen. Deshalb sollte ernstlich versucht werden, die sogenannte "Zweite Runde" der Genfer Konferenz zu "entberlinisieren", und das heisst: nicht an den Symptomen herumdoktern, sondern den Ursachen zu Leibe gehen.

SPD-Pressedienst: Das Abschlusskommuniqué der Pariser Atlantikratstagung vom Dezember 1958 enthält die Forderung, dass die Erörterung der Probleme Berlin, Wiedervereinigung Deutschlands und europäische Sicherheit miteinander verbunden werden müsste. Wie erklären Sie es sich, dass man in Genf nicht versucht hat, diese prinzipielle Forderung energisch zu vertreten?

Willy Brandt: Die Aussenminister der Westmächte haben die Probleme Berlin, Wiedervereinigung Deutschlands und europäische Sicherheit in ihrem "Friedensplan" zu koppeln versucht. Leider ist dieser westliche Stufenplan vom Aussenminister der Sowjetunion praktisch in Bausch und Bogen abgelehnt worden. Ich bedauere es, dass die Themenstellung der Genfer Aussenministerkonferenz relativ rasch auf die Berlin-Frage eingengt worden ist. Wenn die Aussenminister am 13. Juli zu weiteren

Beratungen wieder zusammentreten, so sollte nicht darauf verzichtet werden, von eben den Themen zu sprechen, die im vergangenen Dezember in Paris zutreffend formuliert wurden. Unsere Welt kann für einen übersehbaren Zeitraum nur dann befriedet werden, wenn es gelingt, eine gewisse "Flurbereinigung" über Deutschland und Europa hinaus durchzuführen.

SPD-Pressedienst: Würden Sie es für sinnvoll und zweckmässig halten, wenn die Delegation der deutschen Bundesrepublik eine Initiative mit den Zielen entwickelt, einzelne im westlichen und östlichen "Verhandlungspaket" enthaltene Punkte bei den kommenden Erörterungen in den Vordergrund zu stellen?

Willy Brandt: Keines Erachtens gehört einiger Optimismus dazu, im westlichen und östlichen "Verhandlungspaket" gemeinsame Ansatzpunkte im eigentlichen Sinne des Wortes zu finden. Man muss sich auch vergegenwärtigen, dass die Begriffssprache zwischen den Verhandlungspartnern teilweise Unterschiede wie Tag und Nacht aufweist. Gewisse Punkte könnten leichter erörtert werden, wenn sich beide Seiten zumindest einmal auf eine gemeinsame Sprache einigten.

Immerhin ist denkbar, an konkrete Sicherheitsfragen heranzugehen bzw. auch zu überlegen, ob und wie die vier Mächte bestimmte Aufträge an die beiden Verwaltungen in Deutschland erteilen könnten.

SPD-Pressedienst: Wenn Sie also glauben, Herr Regierender Bürgermeister, dass eine deutsche Initiative sinnvoll wäre -, welche Punkte in den beiden "Verhandlungspaketen" könnten nach Ihrer Meinung einer ernsthaften Erörterung würdig sein?

Willy Brandt: Ich habe vom Berliner Standpunkt beispielsweise den Gedanken einer interadministrativen Kommission in die Debatte geworfen.

SPD-Pressedienst: Wir haben in Genf zu Kären versucht, warum die Außenminister der Westmächte nicht jene Fragen aufgegriffen haben, die der sowjetische Außenminister Gromyko am 5. Juni an seine Verhandlungspartner gestellt hatte. Es handelt sich um die Fragen, ob eine Erörterung über eine Verzichtserklärung auf Anwendung von Gewalt möglich sei, und ob der Westen in eine Diskussion über die Schaffung einer Entspannungszone in Mitteleuropa eintreten könne. Unseres Wissens haben die Westmächte diese Fragen Gromykos bis heute nicht beantwortet. Glauben Sie, dass es möglich gewesen wäre, an diesem Punkte und an diesem Tage der Genfer Konferenz eine Wendung zu geben, die von der isolierten Behandlung des Berlin-Problems hinweggeführt hätte?

Willy Brandt: Eine "Wendung" der Konferenz müsste wohl von der Sowjetunion ausgehen. Ich stehe allerdings nach wie vor auf dem Standpunkt, dass es für den Westen nicht klug wäre, sich in die Schützengräben eines politischen Stellungskrieges einzugraben. Mit anderen Worten

ausgedrückt heisst das, dass ich Beweglichkeit in der Verhandlungsführung bei Festigkeit im Grundsätzlichen befürworte. Die Westmächte sind jedoch in der Berlin-Frage mit ihren letzten Vorschlägen bereits bis an die Grenze des Möglichen gegangen und haben damit tatsächlich wahr weitgehende Angebote gemacht. Es wäre unrealistisch, die Verhandlungen am 13. Juli dort wieder beginnen zu lassen, wo die Westmächte am 19. Juni aufgehört haben. Es sollte ausgeschlossen sein, unter dem Druck von Ultimativen weiterzuverhandeln. Das trifft auch auf die Fragen zu, die Aussenminister Gronyko im Hinblick auf eine "Verzichtserklärung auf Anwendung von Gewalt" und auf die "Schaffung einer Entspannungzone in Mitteleuropa" gestellt hat.

SFD-Pressedienst: Man hat in einem grossen Teil der westlichen Presse sofort zu Beginn der Konferenzpause recht pessimistische Ausserungen lesen können. Wir haben - wie Sie wissen - die Meinung vertreten, man solle die Pause nicht dramatisieren, sondern vielmehr die jetzt gegebene Zeit benutzen, um neue Ausgangspositionen für weitere Verhandlungen zu suchen. Können Sie uns sagen, Herr Regierender Bürgermeister, ob Sie diese von uns geäusserte Auffassung teilen, oder ob Sie glauben, dass der Westen - besonders die Regierung der Bundesrepublik - bisher schon alles getan hat, um zu wirklichen Verhandlungen mit Moskau über eine Entspannung in Europa zu kommen?

Willy Brandt: Eine Entspannung in Europa muss meines Erachtens beinhalten, dass das deutsche Problem unter Wahrung des Selbstbestimmungsrechts des betroffenen Volkes und der berechtigten Interessen aller Beteiligten - und unter den Beteiligten meine ich selbstverständlich auch die Sowjetunion - einer Lösung nähergebracht wird. Die Zeitspanne bis zum 13. Juli sollte tatsächlich genutzt werden, um die westliche Position dort, wo es notwendig zu sein scheint, zu klären und zu stärken, und auf der anderen Seite dem Kream durch diplomatische Kanäle klarzumachen, dass das grüne Licht zu einer Gipfelkonferenz von Regelungen für Berlin abhängt, die bis zur Wiedervereinigung Deutschlands gültig bleiben.

Dabei kann ich mir durchaus vorstellen, dass es möglich wäre, ernste Versuche zu unternehmen, zum Beispiel die vielfältigen Fragen des Berlin-Verkehrs verbindlich zu regeln. Im übrigen wäre es sicherlich auch sinnvoll, wie ich bereits erwähnte, eine interadministrative Kommission zu bilden, die sich bis zur Wiedervereinigung der Gesamtheit der zwischen beiden Gebietsteilen entstehenden praktischen Fragen annehmen sollte. Eine solche Einrichtung könnte Fragen des Handels, der Verbindungen, des Zahlungsverkehrs, des wissenschaftlichen und des kulturellen Austausches der Menschen in beiden Teilen Deutschlands bearbeiten und sich in einer Unterkommission der besonderen, Berlin im engeren Sinne betreffenden Fragen annehmen. Sie könnte sich ausserdem mit anderen, ihr von den Vier Mächten zugewiesenen Fragen befassen.

Die Folge einer halsstarrigen Politik

W.W. - Durch den "unschönen und rücksichtslosen Streit um ein Amt", so nennt die englische Wochenzeitschrift "News Statesman" die Manöver Adenauers in der Frage der Präsidentschaftskandidatur, wurde die Bundesrepublik nicht nur innenpolitisch geschwächt, sondern auch im Lager ihrer westlichen Verbündeten in eine schwächere Position manövriert. Dies umso mehr, als die halsstarrige Art Adenauers, Politik zu betreiben, sich auch auf der höheren Ebene der europäischen Politik durch die von ihm forcierte Achse Paris-Bonn im Gegensatz vor allem zu England setzte. Dadurch wurden die Vereinigten Staaten zu einer grundsätzlichen Stellungnahme gezwungen.

Wie man erfährt, ist diese jetzt in einem Sinne erfolgt, die nicht in der Linie der Adenauer'schen Außenpolitik liegt. Es ist einer der ermutigenden Aspekte der Diplomatie, daß die britische und die amerikanische Regierung jetzt eng zusammenarbeiten und die Tendenzen der Adenauer'schen Außenpolitik überspielen. Präsident Eisenhower, der sich der britischen Auffassung, die weltpolitischen Probleme zu lösen, den englischen Vorstellungen zuzuneigen scheint, und demzufolge auch eine Lösung der europäischen Probleme mehr im Sinne der englischen politischen Zielsetzungen zu suchen beginnt, als nach denen der Konzeption Adenauers, hat praktisch Macmillans Plan für eine in Abständen zu wiederholende Gipfelkonferenz akzeptiert.

Es ist offensichtlich, daß auch in den Vereinigten Staaten die Auffassung Raum gewinnt, daß eine Politik der Entspannung auf dem Wege periodischer Verhandlungen auf höchster Ebene sinnvoller ist und die Welt in der Lösung der europäischen Fragen weiterführen kann, als Adenauers enge Konzeption eines Kleineuropa, die nur der Verhinderung der Wiedervereinigung und der Restaurierung überlebter Staatsformen dienlich ist.

+ + +

Hamburg fördert Schule und Bildung

Bt. - Der Senat der Stadt Hamburg hatte der Hamburger Bürgerschaft eine Denkschrift zugeleitet, die den "Dritten Mehrjahresplan für den Schulbau" enthielt. Das Parlament der sozialdemokratisch geführten Stadt hat dem Plan zugestimmt. Der neue Plan läuft seit dem 1. April dieses Jahres und umfaßt 263 neue Objekte. Zur Zeit wird an rund 120 großen und kleineren Schulbaustellen gearbeitet.

Der leidige Schichtunterricht geht in Hamburg seinem Ende entgegen. In den Gymnasien wird schon fast überall einschichtig unterrichtet. Von den etwa 30 übrigen Schulen, die noch in einseinhalb bis zwei Schichten unterrichten müssen, erhalten 27 Entlastung durch Bauten, die noch in diesem Sommer fertig werden. Überfüllte Schulklassen gibt es nicht mehr: Die durchschnittliche Klassenfrequenz konnte von 41 auf 36 Schüler und Schülerinnen gesenkt werden.

Ein weitverbreiteter Mangel in unseren Schulen sind die veralteten Lernmittel. In Hamburg ist mit der Grundüberholung der Lernmittelsammlung begonnen worden. 500.000 DM sind für diesen Zweck zur Verfügung gestellt worden - die Kosten für die Erneuerung aller Lernmittel belaufen sich allerdings auf rund 5 Millionen DM.

Die Grundlage dafür, daß unsere Kinder gut lernen können, ist nicht zuletzt ihre Gesundheit. Deshalb wurde in Hamburg die schulärztliche Betreuung der Schüler durch neu eingestellte Fachkräfte wiederum erheblich verbessert. Auch dem Problem der "Zwergschulen" in den Randgebieten der Stadt will man zuleibe gehen. Die SPD-Fraktion hat beantragt zu prüfen, ob sie nicht durch ein System voll ausgebauter Zentralschulen ersetzt werden können, die ein höheres Maß schulischer Ausbildung garantieren.

Der Zweite Bildungsweg wird in dieser Stadt, die entschlossen ist, das Ihre zur Meistensung der Zukunft beizutragen, gebührend berücksichtigt. Auf Antrag der SPD hat die Bürgerschaft beschlossen, der Senat solle prüfen, ob nicht ein zweites Staatliches Abendgymnasium eingerichtet werden sollte, da zahlreiche Bewerber wegen Überfüllung des existierenden Abendgymnasiums abgewiesen werden müssen. Den Schülern der Abschlußklassen des Abendgymnasiums wird in Zukunft eine Ausbildungsbeihilfe gezahlt werden. Sozial schlechter gestellte Schüler sollen die gleiche Chance haben wie andere. Über 70 Schüler werden voraussichtlich monatlich einen Betrag zwischen 75,- und 150,- DM erhalten.

Selbstverständlich wird auch die Studienförderung in der hanseatischen Universitätsstadt sehr ernst genommen - für manche sogar zu ernst. Im Haushaltsjahr 1959 wird ein Studentenwohnheim für 80 Studierende errichtet werden. Die Förderung der Studierenden nach den Richtlinien des Hornefer Modells wird fortgeführt. Entsprechend der erhöhten Studentenzahl wurden die von Hamburg aufzubringenden Mittel um 75.000 DM auf 835.000 DM erhöht. Dies geschah, obwohl man es im Bundesinnenministerium nicht gerne sieht, daß man sich in Hamburg über die allzu eng gezogenen Grenzen des Hornefer Modells hinausbewegt.

In Hamburg ergeht man sich nicht in Phrasen. Der Stand des Bildungs- und Ausbildungswesens wird dort vorbildlich verbessert.

Ein nationaler Verlust für Belgien

K.K.B. - Die Sozialistische Partei Belgiens ist in Trauer. Ihr Präsident, Max Buset, ist wenige Tage vor dem ausserordentlichen Kongress in Brüssel verstorben, auf dem das Programm der Partei für die grundlegenden Reformen der gesellschaftlichen Struktur diskutiert und beschlossen werden sollte. Das Hauptreferat dieses Kongresses hat Max Buset übernommen. Das Bureau der Partei hat beschlossen, diesen Kongress auf den 19. und 20. September zu verlegen. Der Nationalrat der Partei wird am 8. Juli in Brüssel zusammentreten, um den provisorischen Nachfolger des Präsidenten der Partei zu bestimmen, "eines der grössten Präsidenten, den die Partei jemals gehabt hat", wie das Zentralorgan der P.S.B. "Le Peuple", schreibt: Am 3. Juli wurde Max Buset von Zehntausenden, die aus allen Teilen des Landes und auch aus dem Auslande gekommen waren, in Haine-Saint Paul zu Grabe getragen werden.

In den Minebezirken der Borinage, in den Dörfern der Bergarbeiter, ist die Erregung über den Heimgang des "Patrons", des "Chefs" gross, nirgendwo sonst stiess Max Buset auf so überschäumende Wellen des Enthusiasmus, wie in den Versammlungen der Kumpel, die diesen Arbeitersohn, der brillante Universitätsstudien gemacht hatte und doch so ganz einer der ihren geblieben war, in ihr Herz geschlossen hatten.

Aber nicht nur bei den Arbeitern, in ganz Belgien hat der Tod Max Buset, "diesen geborenen Führers der Massen", wie selbst seine Gegner sagen, wie ein Schock gewirkt. Die Königin Elisabeth hat ein besonders warmes Beileidstelegramm an die Familie des Verstorbenen gesandt. Auch das Telegramm des Königs war sehr herzlich gehalten. Selbst die gegnerische Presse ehr den grossen Toten, wie selten ein politischer Gegner geehrt wurde. "Le Soir", das grosse Brüsseler Abendblatt mit liberal-bürgerlicher Tendenz schreibt, dass sich Max Buset über das menschliche Elend und die Misse des Volkes mit einer Leidenschaft gebeugt habe, die wahrhaft ergreifend gewesen sei. "Vers l'Avenir", ein christlich-soziales Blatt in Namur, das den lebenden Max Buset stets mit grimmiger Erbitterung bekämpft hat, erklärt in seinen

3. Juli 1959

- 7 -

Nachruf, dass die Ehrlichkeit des Parteipräsidenten der P.S.B. auch den Gegner zu Achtung und Respekt gezwungen haben. Die grosse Autorität, die er besass, so schreibt das Blatt weiter, verdankte er seiner unbedingten Treue zu seinem politischen Ideal, der Freimütigkeit und der Geschlossenheit seiner Überzeugungen. Er wies alle Ehrungen zurück und alle persönlichen Vorteile.

Bis in seinen letzten Tagen stand Buset im Kampf. Er wollte den Arbeitern dienen und hat an dieses Dienen geglaubt ... Die Christen fanden in ihm oft einen erbitterten Gegner. Sie beten für ihn und stellen sein Bemühen um Gerechtigkeit und Nächstenliebe in Rechnung. "Friede seiner Asche".

Der 87-jährige ehemalige Kammerpräsident Camillo Huysmans, der Max Buset vor wenigen Tagen zum letzten Male als vom Tode gezeichneten Mann in der Kammer gesprochen hatte, berichtet, dass Max Buset ahnte, dass es mit ihm zu Ende gehen würde. Aber - so sagt Huysmans, "er wollte auf jeden Fall aufrecht von uns gehen ... Er wollte nicht von Neuem einen Erholungsurlaub nehmen. Er war einer von denen, die denken: das Ausruhen ist für danach ... Max ... war ein Präsident, dessen Erinnerung in der Arbeiterklasse für immer lebendig bleiben wird".

Man berichtet auch über Max Busets erste Audienz bei König Baudouin. Sir, sagte Buset mit der ihm eigenen direkten Freimütigkeit, es gibt zwei Dinge, die ich niemals werde machen können - : Sie in der dritten Person anreden oder, nach der Audienz, wie es das Protokoll verlangt, unter Verbeugungen rückwärts zur Tür gehen ... König Baudouin lachte und wusste es in Zukunft stets so einzurichten, dass er bei den Audienzen Max Buset freundschaftlich konversierend bis an die Tür seines Arbeitszimmers begleitete.

Die Mitglieder des Vorstandsbüros der P.S.B. hielten eine Trauersitzung in ihrem Büro im Volkshaus ab, auf der der Vicepräsident Josse van Eynde die Gedächtnisrede hielt. Van Eynde war so von Erregung überwältigt, dass er kaum zu sprechen vermochte.

+ . + . +

Verantwortlich: Günter Markscheffel